

Die "Volkswacht"
erscheint täglich Sammertag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Gravenstr. 6/8,
durch die Post und
durch Colporteurs zu bestellen.
Preis vierzehn Pf. 2,50,
pro Woche 20 Pf.
Postzeitungstitel Nr. 7789.

Telephone
Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkähnige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr
 beträgt für die eingesetzte
 Zeitung oder deren Raum
 20 Pfennige, für Vereins- und
 Versammlungs-Anzeigen
 10 Pfennige.
 Anfragen für die nächste Nummer
 müssen bis Vormittag 10 Uhr bei der
 Expedition abgegeben werden.

Telephone
Nr. 451.

Nr. 73.

Montag, den 27. März 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Ein anständiger Gegner.

Zu den wenigen unserer ultramontanen Gegner, die im Kampfe gegen die Sozialdemokratie ehrlich und anständig bleiben, gehört Pfarrer Oberdörffer. Er ruft an Einsicht in die sozialen Vorgänge weit über seine geistlichen Mitstreiter hinaus und hat außerdem den unter seinesgleichen seltenen Mut, auch innerhalb seiner Partei die dunklen Flecken zu sehen und zu rügen.

So weisen wir heute hin auf einen Artikel, den Oberdörffer in der von ihm herausgegebenen „Kölner Korrespondenz“ für die geistlichen Präses der katholischen Vereinigungen der arbeitenden Stände veröffentlicht. „Zentrum“ wird gewarnt! — überschreibt sich der Auftakt. Daraus konstatirt der Verfasser an dem Erfolg der letzten Reichstagswahlen, daß die Sozialdemokratie von Tag zu Tag wächst; auf den Erfolg der Wahl vom vorigen Jahre dürfte die Sozialdemokratie „Stolz sein“; sie übertrage das Zentrum an Stimmen weit mehr als eine halbe Million, und hätte sie entsprechend der Stimmenzahl Vertreter, dann hielt sie weitaus die meisten Sitz im Reichstage besetzt. Auch die gewerkschaftliche Bewegung nehme zu unter den Sozialdemokraten, seit 1893 weisen die gewerkschaftlichen Verbände eine von Jahr zu Jahr steigende Zunahme an Mitgliedern auf.

„Das ungeheure Wachsthum der Sozialdemokratie“, schreibt Oberdörffer weiter, „ihr Fortschritt auf allen Seiten, die ungeheure Vermehrung der sozialistischen Stimmen, das außergewöhnliche Umschreiten sozialistischer Ideen — das sind Thatsachen, die offenkundig vor Ledermanns Augen liegen. Sie abstreiten oder ihre Bedeutung abschwächen zu wollen, wäre geradezu lächerlich, sich in Hoffnungen einzuwiegen auf den Umschwung in der nächsten Zukunft wäre nicht weniger naiv.“

Oberdörffer „fürchtet“, die Sozialdemokratie werde in der nächsten Zukunft „noch viel rapider zunehmen als bisher“. Zu dieser „Befürchtung“ bestimmen ihn vornehmlich zwei Gründe: die Vorgänge in der Unternehmerwelt und die Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei.

Die Pläne des Unternehmerthums gegen die Organisation der Arbeiter, meint Oberdörffer, scheinen in Regierungskreisen willige Ohren gefunden zu haben; kommen sie zur Durchführung, nimmt man den Arbeitern das Recht der Vereinigung und das Recht des Streikes, dann werden sie, in höchstem Maße verbittert, sich „in hellen Häusen der Sozialdemokratie zuwenden“. Herr Oberdörffer scheint demnach der Partei, der er angehört; dem Zentrum, nicht sonderlich viel Kraft zuzutrauen in der Wahrung der Arbeiterinteressen; es wäre nicht einzusehen, weshalb die Arbeiter zu den Sozialdemokraten übergehen sollen, statt beim Zentrum zu bleiben, wenn dieses ihre Rechte manhaft zu verteidigen wüßte.

Einen weiteren Grund der Zunahme der Sozialdemokratie sieht Oberdörffer in der Entwicklung unserer Partei „zu einer radikalen Reformpartei mit absolut demokratischen Grundsätzen“. Er stützt diese Ansicht auf mancherlei Vorgänge, die sich in letzter Zeit in unserer Partei zugetrugen haben, und meint: „Mag man diese Evolution nur Konservierung nennen oder fortschreitende Erkenntnis oder wie immer — in Abetracht der Strenghamkeit und dem wissenschaftlichen Eifer in der Partei wird sie bisher nicht halt machen. Je mehr sie fortschreitet, um so mehr werden

die unteren neun Zehntel der Menschheit zu der Partei übergehen, zumal wenn die oberen Tausend noch mehr ihren Verstand verblenden und ihren Willen verhärteten.“

Man sieht, Oberdörffer hat eine andere Meinung von den sozialen und politischen Dingen, als die Mehrheit seiner Kontrahenten. Es geht ein Hauch des Pessimismus durch seine Worte, der aber der Wahrheit angemessener ist, als das Gedrabe der politisierenden Pastoren und Kapläne, die da in der Sozialdemokratie nur eine geistige Verirrung, eine Abkehr von der sittlichen und religiösen Pflicht erblicken und vermeinen, mit Eisern, Loden und Beschwören die Bewegung von dem allzeit „unbesiegbarer Zentrumsthurm“ zum Stehen zu bringen.

„Angesichts dieser Sachlage“, schreibt Oberdörffer weiter, „müssen wir Katholiken unszen. Eiser verdoppeln, um wenigstens zu erhalten, was wir haben. Der Klerus muss jetzt die Zeichen der Zeit beobachten und nach ihnen seine Wirksamkeit entfalten. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie ist noch vorsichtiger zu Werke zu gehen als bisher. Wiederholt haben wir betont, man möge kein unsinniges Schimpfen und Lästern auskommen lassen; damit würde man keinen Sozialdemokraten befremden und keinen Arbeiter von der Sozialdemokratie fern halten; im Gegenfall, man entfremde sich die Arbeiterwelt nur noch mehr und mache sich selbst verächtlich. Heute glauben wir noch entschiedener davor warnen zu sollen. In religiöser Hinsicht stelle man nicht die Sozialdemokratie in dunkle und böse als gotteslästerliche und religiöse Schwärmer dar. Wenn es auch nicht verwehrt sein kann, gottlose Aussprüche des Führer bei passender Gelegenheit als Warnung heranzuziehen, so möge man doch nicht immer und immer damit kommen oder gar die Worte Einzelner als Grundsätze der Partei hinstellen. Man halte sich mehr an die wirklich offiziell ausgesprochenen Grundsätze der Partei!“

So Pfarrer Oberdörffer. Was er hier sagt, ist eine Wiederholung dessen, was er bereits vor sechs Jahren an derselben Stelle ausgesprochen hat. Wenn er die Warnung vor „Schimpfen und Lästern“ heute noch entschiedener betonen zu müssen meint, so beweist das, daß der freibare Klerus seine Lehren wenig beachtet hat und in alter Weise auf dem alten Wege den Kampf gegen die Sozialdemokratie führt.

Es geht auch ohne Sozialistengesetz.

In dem berüchtigten Schriftsachverfahren, den Berliner „Neuesten Nachrichten“, die dem Zentralverband deutscher Industrieller verschrieben sind, ist zu lesen:

„Würden alle die Hilfsmittel, über die die Justiz- und Exekutivbehörden auch gegenwärtig schon verfügen, zur rechten Zeit, am rechten Ort und nach einem einheitlichen Plane gegen die grundsätzlichen Vernichter alter staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung angewendet, so wären wir zweifellos in der Bekämpfung des Unterganges schon ein gutes Stück weiter. In Ermangelung von etwas Besserem nehme man seine Zuflucht zu dem Guten, was man hat, und vergegne nicht, daß das Bessere gar oft der Feind des Guten ist.“

Offenbar haben die Magdeburger und Löbtauer Rechtsprüche die Bude und Konfoten über die Tüchtigkeit der heutigen Zwangsmittel beruhigt. Das hindert sie freilich nicht, den Wunsch auszusprechen, daß man sich an leitender Stelle überzeugen möchte, „daß in der That der Augenblick zu einer intensiven Kraftspannung gekommen ist.“ Der Zuchthauskurs soll in Permanenz erklärt werden. Dazu bedarf es keiner neuen Gesetze, nur einer „intensiveren Kraftentfaltung“, nur einer noch stärkeren Ausnutzung der vorhandenen geistlichen und polizeilichen Vollmachten, nur einer verfeinerten Auslegung-

kunst, einer zum Nutzen der kapitalistischen „Staatsräson höher entwickelten Rechtsprechung.“

Die Schriftsteller dürfen eines nur nicht vergessen, daß der Gegendruck der Arbeiterbewegung mit verdoppelter Wucht gegen die Anschläge der Machthaber wirken wird. Je toller sie es treiben, um so stärker der Zusammenschluß der proletarischen Organisation, um so zielssicherer und thalkäffiger der Klassenkampf!

Material zur Zuchthausvorlage.

Eine eigenthümliche Auffassung von Koalitionsrecht der Arbeiter befindet die Kuntpapierfirma Neuer u. Co. in Leipzig-Lindenau in dem nachstehenden Schreiben:

Leipzig-Lindenau, den 24. März 1899.

Herrn Karl Lohr, Vertrauensmann der Fabrikarbeiter.

Leipzig-Lindenau, Marienstraße 15, II.

In Folge der wider unseres Wissens inszenierten Versammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Fabrik thören wir Ihnen Ihrer Einladung vom 23. o. zu Folge mit, daß wir vorläufig für heutige Versammlung keinen Vertreter entsenden, auch einen allgemeinen Besuch seitens unserer gemeinsamen Arbeiterschaft unterstellt haben, weil wir unsere Fabrikverhältnisse selbst regeln und hierzu keine fremde Hilfe benötigen.

Auch sind laut dem Berichte der „Leipziger Volkszeitung“ vom 21. o. über unsere Fabrikverhältnisse und Wohnanordnungen die Thatsachen so entstellt, daß es unserem Geschäftsprinzip widerspricht, hierauf zu entgegnen, wohl aber werden wir bei dieser gegen Gesetz und Recht verstoßenden Agitation nunmehr die gesetzliche Intervention in Anspruch nehmen, falls die verhängende und nicht sagende Agitation bei den durchaus gesunden Arbeiterverhältnissen unserer Fabrik kein Ende nehmen sollte.

Dies zur gefälligen Rücksicht!

Hochachtend Neuer u. Co.

Woher — so fragen wir — nimmt die Firma Neuer u. Co. das Recht, ihren Arbeitern den Besuch einer Versammlung zu verbieten, deren Veranstaltung ihnen auf Grund des § 152 der deutschen Reichsgesetzesverordnung zu steht? Die Abfahrt, „gerichtliche Intervention“ im Anspruch zu nehmen, wirkt zwar komisch, sie zeigt aber doch auch, was das Unternehmerthum in der Ära des Zuchthauskurses nicht Alles für schändlich hinstellt. Solche Elaborate sind darum auch sehr werthvoll. Bei Beratung der Zuchthausvorlage werden sie ihre Verwendung finden können.

Zum Fall Delbrück.

In dem Disziplinarverfahren gegen Professor Delbrück erlangte der Disziplinarhof am Sonnabend auf Verweis und 500 Mark Geldbuße.

Da die Verhandlung gehheim geführt wurde, können wir Einzelheiten aus diesem für die politischen Zustände der Gegenwart höchst charakteristischen Prozeß nicht mittheilen.

Der Kampf gegen die Freizügigkeit

wird nunmehr fortgesetzt. In Agrarier-Organ, der „Deutschen Tages-Zeitung“, lesen wir:

„In der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft“ führte der Amtsrichter a. D. Kurt Beelitz in einem Vortrage über die ländliche Arbeiterschaft u. K. Folgendes aus:

„Das Kranksein unseres gesellschaftlichen Organismus ist unzweifelhaft auf die Fehlerhaftigkeit unserer Gesetzgebung mit zurückzuführen. Hätte das Freizügigkeitsgesetz der Billigkeit soviel Rechnung getragen, den jugendlichen Arbeiter bis zum

Kommen Sie, Meister, Sie sind erregt. Es ist heiß hier drinnen, die Luft draußen wird Ihnen wohl thun“, jagte er nach einer Weile mit weicher Stimme und sah sie sanft am Arm. Und so schritt er mit ihr hinaus, brachte ihr wohlbehalten in seine Wohnung, dann in's Bett hinein, wartete so lange, bis er in einen tiefen Schlaf gefallen war, holte sich Decken und Betten aus dem Nebenzimmer und bereitete sich dann zu Timpe's Füßen seine Lagerstätte ... XIX.

Unter Täumern.

Drei Tage lang lag der Meister in einem hohen Sieber; noch in der ersten Nacht nach der Versammlung war es zum Ausbruch gekommen. Er phantasste stark, führte allerlei wirre Reden, in denen Handel xl, Fabriken und Maschinen eine große Rolle spielten. Dann wieder war es sein Sohn, mit dem er in diesen bösen Träumen zu thun hatte und den er laut beim Namen rief. Marie Beyer spielte auch diesmal die Krankenwärterin; ihr Bruder aber stellte sich sobald er entzündlich wurde, an die Drehbank und sang an zu dreheln. Er schien förmlich aufzuleben bei der Belebtheit an diesem Ort, dem er so lange hatte fernbleiben müssen. Mit einem gewissen Ausdruck der Färblichkeit betrachtete er die Drehbank, die er Jahrzehnte hindurch gestrichen hatte. Und wenn er jetzt leise sein altes Lied vor sich hin summte: „So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage“, so konnte man ihn für einen der glücklichsten Menschen der Erde halten.

„Na, der Meister wird sich wundern, wenn er mich hier wieder sieht“, jagte er vor sich hin und betrachtete mit großer Behagen die Arbeit, die er bereits angefertigt hatte. „Der wird mich los werden, da hat sich was!“ fuhr er fort. „Sind wir jetzt nicht zwei Genossen, die zu einander stehen müssen in Friede und Freiheit? ...“

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreger.

(Römische Ziffern)

Die elementare Wuth eines Menschen, der Jahrzehnte lang schweigen mußte, packte den Meister Timpe, und seine Sitten nicht mehr mächtig, schrie er in die Menge hinein:

„Die Schornsteine müssen gestürzt werden, denn sie versenzen die Luft ... Schleift die Fabriken ... zerbrecht die Maschinen!“

Er kam nicht weiter. Der Polizeilieutenant setzte den Helm auf und erklärte jetzt die Versammlung für aufgelöst.

Zu gleicher Zeit erhoben tausend Gestalten sich, tausend Arme schwangen Hämle und Klauen und eine ungeheure Beifallslaube durchbrannte gleich einem entsetzten Sturm den Saal. Hochfuße auf Timpe und die Sozialdemokratie erschallten; dazu ertönte aus hundert Röhren der Gesang der Arbeiterkantate.

Nicht fürchten wir den Feind,
Nicht die Gefahren all;
Rückt gehen wir die Bahn,
Die uns geführt Lassalle.

Mit jeder Strophe verdoppelten sich die Sänger und die schrien zu ergrauen unter den Tritten der Massen, die mit schwerem Taktstreich den Ausgangsjustztoffen, als ginge zum Kampfplatz.

In der geöffneten Thür stande der dunkele Strom fühl. Ein Drapp fremder Arbeiter war soeben im Flur angelangt und brachte die Nachricht vom Wahlsiege. Ein donnerndes Echo auf den neuen Abgeordneten durchbrach den Gesang und setzte sich bis auf Hof und Straße fort. Zahlreiche Zuschauer erschienen wie aus dem Erde gemacht: Rose

ganze Klasse des Proletariats das von vornherein hineinlegen, was zu werben ihr geschicklicher Beruf ist.

Auch die Frage, ob wir die zur Abschaffung der Klassen erforderliche Höhe der Entwicklung der Produktionskräfte schon erreicht haben, sei nicht zu bejahen. Es ist nicht möglich, die ganze arbeitende Klasse im Laufe von ein paar Jahren in Verhältnisse zu bringen, die sich sehr wesentlich von denen unterscheiden, in denen sie heute lebt.

Aus alledem ergiebt sich Bernsteins Ansicht, daß nicht auf eine Katastrophe, auf einen großen Tag, wo Alles anders wird, zu spekuliren sei, sondern daß die Aufgabe der Sozialdemokratie darin besteht, durch praktische, andauernde, vom Idealismus beflogene Thätigkeit demokratische und soziale Reformen zur allmäßlichen Erhebung der unteren Volksmassen durchzuführen.

Arbeiterbewegung.

Der Kreisfelder Sammelweber-Ausstand ist, so wird uns aus Kreisfeld geschildert, in ein neues Stadium getreten. Für jeden Eingeweihten war es längst klar, daß die Fabrikanten sich Angesichts der eingelaufenen Bestellungen nicht mehr halten könnten, wenn nicht auswärtige Fabrikanten für sie eingetreten wären. Die Streitenden haben sich deshalb veranlaßt, die auswärtigen Sammelabten einer genauen Kontrolle zu unterziehen, und das war es festgestellt, daß Fabriken in Rheydt, Düren, Bieren und Lohberich für Kreisfeld Waaren herstellen. Die Arbeiter dieser Betriebe, die zum größten Theile organisiert sind, wurden, als sie erkannten, daß sie ihre Kreisfelder Kollegen in ihrem Kampfe schädigten, nun ebenfalls rebellisch. Offen und ehrlich erklärt haben sie sich mit den kämpfenden Kollegen solidarisch und machten die Forderungen der Kreisfelder zu den ihrigen. In Rheydt sind nun bereits 204 Sammelabten in den Ausstand eingetreten, die anderen stehen noch in Unterhandlungen mit den Arbeitern, die werden auch diese, falls ihren Wünschen nicht Rechnung getragen wird, in den Ausstand eintraten. Durch würde die Fortdauer des Ausstandes wesentlich verkürzt; aber auch für das Streikkomitee wird die Lösung der Frage, woher die Mittel zu nehmen sind, diese große Masse für einige Wochen über Wasser zu halten, sehr kritisch sein. Sind wir nicht dazu in der Lage, dann wird unserer Organisation, die uns kostet, daß der ganze Niederrhein in der Arbeiterbewegung gar bald ein anderes Bild zeigen wird, der Tod stoßt vorbei, und wir würden um Jahre zurückgeworfen werden. Der christlich-ultramontane Geist, der zu verschiedenen Malen einen Anlauf genommen hat, um die festgeschlossene Wahlkampf der vereinigten Weber zu durchbrechen, würde triumphieren, und die Hoffnung, mit diesem Geist endlich zu brechen, würde dahin sein. Es gilt einen Kampf um das Wahlrecht!

In Stuttgart wählten die Delegierten der vereinigten Gewerkschaften den Walter Ludwig zum beauftragten Gewerkschaftsführer. Ludwig tritt sein Amt am 1. April an.

Die Schuhmacher in Kiel haben ihre Lohnbewegung zu einem beständigen Abzug gebracht. Der geforderte Lohn wird von 54 Männern gezahlt, nur 6 haben sich ablehnend verhalten.

Der fünfte Verbandsitag des Zentralverbundes der Maurer hat am dritten Begehungstage nach längerer Debatte mit großer Mehrheit eine Erhöhung der wöchentlichen Beiträge um 1 Pf. beschlossen. Die Beiträge zum Streifonds bleiben unverändert. Den einzelnen Zahlstellen ist es überlassen, ob sie die Beiträge zum Streifonds obligatorisch machen wollen oder nicht.

Die 13. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer hat ebenfalls eine Erhöhung der Wochendarträge um 1 Pf. beschlossen. Die Sachen der Arbeitslosen-Linie entschließen ist nach kurzer Debatte eine Resolution einstimmig angenommen worden, durch welche der Verbandsvorstand beauftragt wird, sobald als möglich, jedenfalls aber innerhalb eines Jahres Statuten zu entwerfen, wonach die Arbeitslosen-Linieführung im Verbande eingeführt werden kann.

Die Lohnbewegung der Schneider. In Hamburg besteht der Ausstand bei seinem ersten Erfolge. Mehrere Arbeitgeber haben einen Tarif ausgearbeitet, der von dem der Lohn-Kommission bedeutend abweicht. Die Lohnkommission hat deshalb eine Einigung auf dieser Grundlage abgelehnt.

Aus aller Welt.

Explosion. In einem Pulverschuppen zu Wallheim an der Eifel ereignete sich eine Explosion. Von den dort beschäftigten Arbeitern wurden nach der „Berl. Zeit.“ drei Personen leicht und zwei schwer verletzt. Diese sind bald darauf gestorben. Das Unglück soll durch Fahrlässigkeit eines Arbeiters herbeigeführt worden sein.

Die Viehabschreuer eines Theater-Kapellmeisters wurden vom Landgericht Passau als Betrug angesehen und mit einem Jahre Gefängnis geahndet. Der 29jährige Alexander Koch, der im vorigen Jahre Theater-Kapellmeister in Landsberg war, hatte sich mit einem Passauer Bürgermädchen verlobt und deren Eltern unter allerlei Versprechungen größere Geldbeträge herausgelöst, während er zu gleicher Zeit mit einer Schauspielerin ein Verhältnis hatte, der er ebenfalls die Heirath versprach. Die Schauspielerin, die am Landsberger Theater engagiert war, 19 Jahre alt ist und ein Kind von Koch hat, reiste ihm, als er Landsberg verließ, überall nach. Nach der Verbüßung des Koch bat sie in einer Etagage an das Passauer Landgericht um die Erlaubnis nachgezogen, sich mit ihm im Gefängnis trauen lassen zu dürfen. Koch war damit einverstanden, daß sie sich wurde aber abgewiesen.

Eine furchtbare Feuerbrunst erscherte Freitag Vormittag einen großen Theil des Dorfes Löwenbrück im Kreise Teltow ein. Es sind etwa 16 Gebäude, darunter 3 Wohnhäuser, durch das Feuer vernichtet worden. Das Feuer brach nach dem „Telt. Kreisbl.“ um 8 Uhr auf dem Grundstück des Kesselschmieds Lehmann ans, indem dort der Schornstein in Brand geriet und die Funken auf das Strohdach fielen. Es sind in den gefüllten Scheunen und Ställen überallreiche Nahrung und pflanzte sich mit so rasender Schnelligkeit fort, daß manchem der den Nachbarn zu Hilfe eilt, sein eigenes Hof und Gut verbrennt. Zum Glück sprang der Wind um, sonst wäre noch der übrige Theil der einen Seite der Dorfstraße zerstört worden. Aus allen Gemeinden in weitem Umkreis waren die Spritzen herbeigeeilt, aber die Fachwerkhäuser mit ihren Strohdächern konnten nicht mehr gerettet werden.

Selbstmord eines Schülers. Der Real Schüler Franz Kruska, ein Tertianer, der nicht versetzt worden war, hat sich in Schmidfeld am Donnerstag während der Mittagspause im Kästenzimmer erhängt.

Was im 19. Jahrhundert noch passiert. Dem Schlossermeister L. Gillberg, wohnhaft Reichensteiger Deich in Wilhelmshaven, war kurz vor einem Kind. G. hatte sich eingebildet, daß das Kind von einer seiner Mietkinderen geboren werden und daran gestorben sei. G., der sich diese Einbildung sehr zu Herzen nahm, ging am Sonnabend Morgen auf den Deich, nahm Steine und bombardierte der ihm Bedächtigen, der in der ersten Etage wohnenden Witwe Fischer, der Fenster. Der Familie Fischer, welche gerade bei Fischer lag und ihr Nutzen genommen, slogen die Glassplitter in das Fenster, so daß allein vor Schred gleich der Appetit verging. Frau Fischer stellte ihren aberglaublichen Hausrath, der fortwährend handelte, zur Rede. Darauf erwiderte er: Sie mein Kind, was gesprochen ist, beherrt. Die Frau, welche hier als eine alte, edle und brave Frau bekannt ist und die jahrelang ihren Kranken Raum recht ernsthaft hat, wußte gar nicht, was sie sagen sollte. Sie machte schließlich hierauf Anzeige bei der Polizei, die alsdann einen und den Vorfall zu Protokoll nahm. Die Frau zog es nicht vor, bei solchen aberglaublichen Hausrath keine Standesgerichte zu wohnen und raumte am seitigen Raum und die Wohnung.

Kokuses und Provinzieses.

Breslau, den 27. März.
Für die Dresdener „Zuchthäusler“ gingen ein: von den Tischlern der Firma Kimbel (20) 15.05 Mk., von den Tischlern der Märkischen Straße durch Preidler und „Paar Freunde“ 5.60 Mk. L. (57) 9 Mk., Schuhmacher Hermann Liebig 50 Pf., mit den bereits quittirten 2133.35 Mk. in Summa 2163.50 Mark.

* **Die Freisinnigen als Schützer der Schwachen!** Um der „Breslauer Morgenzeitung“ Gelegenheit zu geben, ihre Behauptung zu berichtigten, in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sei die Sozialdemokratie nicht genügend für die Angestellten der Privatposten eingetreten, zitiert der „Vorwärts“ aus dem amtlichen Sterogramm S. 89 die folgenden Sätze Singer's:

„Ich will nur betonen, daß auch in der Vorlage eine Entschädigung der Angestellten und Beamten vorgesehen ist, die mir zwar zu niedrig ist, die aber zu erhöhen in der Verhandlung möglich sein wird.“ „Außerdem . . . muß man doch auf den Gesichtspunkt im Auge behalten, daß die Angestellten dieser Privatposten von einem Tage zum andern oder von acht Tagen zu acht Tagen auf die Strafe gezeigt werden können. In dem Augenblick, wo die Reichspost die Privatpost verschluckt, unter den Bedingungen, die sie einzugehen sich einverstanden erklärt hat durch Nebennahme der bei der Privatpost angestellten Beamten, verbessert sie deren Loos erheblich, indem sie sie in bessere Stellungen bringt und ihnen Pensionsberechtigung giebt, während sie jetzt ganz in das Beleben der Privatgesellschaft gestellt sind, wogegen sie in Zukunft zu einer staatlichen Beamtenhaft gemacht würden. Wenn ich die Wahl habe, wessen ich mich bei dieser Frage annehmen soll, dann nehme ich mich lieber dieser 2700 Beamten an als des Kapitals, damit die Dividenden weiter gezahlt werden.“

Die „Bresl. Morgenzeitg.“ wird wohl nun zugeben, daß sie sich von irgend jemandem hat gründlich duplizieren lassen.

* **Die oberösterreichische Parteikonferenz,** welche am Sonnabend in Bielschowitz-Redendorf tagte, hat einen vorzüglichen Verlauf genommen. Es verteilten sich an der selben sechs oberösterreichische Wahlkreise mit 18 Delegierten und außerdem als Vertreter der Breslauer Partei Genosse Brühns, als Vertreter des Langenbielauer Agitationsbezirks Genosse Peitz und als Vertreter der polnisch-sozialistischen Partei Genosse Matzki-Berlin. Über die Verhandlungen folgt morgen ausführlicher Bericht.

Am Sonntag fanden in Bielschowitz im Lokale des Genossen Dr. Winter zwei Volksversammlungen statt, deren erste der Auflösung verfiel und zwar wegen Verlegung der gesetzlichen Sonntagsruhe. Näherer Bericht folgt.

* **Ministerbesuch in Oberschlesien.** Anfang April wird der Handelsminister Breslau den oberösterreichischen Industriebezirk besuchen. Sein Besuch gilt in erster Linie den steinkohlenen Gruben König und Königin Luise. Von den Wirkungen seines Besuches werden wahrscheinlich die Arbeiter nichts merken. Will etwa Breslau in Oberschlesien eine Probe mit den verlangten Arbeiteraufsehern machen?

Jetzt bringt die „Schles. Zeit.“ folgenden Bericht: Der Minister für Handel und Gewerbe Breslau hatte die Absicht, in der allernächsten Zeit nach Schlesien zu kommen und hier acht Tage lang zu verweilen, um, in Erfüllung seines bereits im vorigen Jahre beabsichtigten Besuches, Schlesiens Industrie und Handel persönlich noch näher kennen zu lernen. Die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse indessen hat dazu geführt, daß die Reise zunächst wieder verschoben werden mußte. Der Minister gedenkt sie nunmehr nach dem Schlusse der Parlamente auszuführen.

* **In welch alberner Weise** die Notwendigkeit der Sonderbesteuerung der Koniumvereine u. s. w. begründet wird, geht aus einer Petition hervor, die der Zentralverband der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands an den Reichstag richtet. Demnach soll das Publikum durch die Großbäzare, Koniumvereine zu „unnötigen Ausgaben verleitet“ werden; „die achtunggebietende Stellung unserer einheimischen Industrie auf dem Weltmarkt wird erschüttert“ und weiter „wird das Proletariat in den Städten erheblich vermehrt, woraus den Kommunen immer größere Lasten erwachsen“ und endlich sind „durch diese Unternehmungen die Mietthenne für Läden und Geschäftsräume in fortwährendem Rückgang begriffen“. Mehr Unruhe läßt sich auf einmal nicht zusammensetzen.

* **Zu unserer Notiz** über eine Aufnahme im St. Josephskrankenhaus, die mit großen Schwierigkeiten verbunden war, erhalten wir von der Verwaltung, genannten Krankenhaus folgende ausklärende Berichtigung:

Nach Nr. 63 der „Volkswacht“ soll Frau Zimmergesell Hoffmann hirsselft mit der Aufführung des Kassenrentanten bei der Anmeldung ihres erkrankten Mannes in dem St. Josephskrankenhaus dahin beschieden worden sei, daß sie in Plazsei für Kranken zu dem mit den Krankenklassen vereinbarten Preise, außer, wenn sie täglich vier Mark zu zahlen wolle. Auf den Hinweis ihres Unvermögens sollte Frau H. sich verpflichten, wenigstens zwei Mark zu zahlen, was sie in ihrer Kopflosigkeit und Angst dann auch gethan, und sofort für 7 Tage gleich 14 Mark gezahlt habe.

Thatsächlich verhält sich die Sache folgendermaßen: Am 6. d. M. meldete eine Frau Hoffmann ihren Mann hier zur Aufnahme ohne jedoch zu erwähnen, daß er einer Krankenklasse angehört. Auf den Bescheid, daß die Aufnahme wegen Überfüllung unmöglich sei, bat sie im Kloster der bartholomäischen Brüder um Aufnahme. Da sie noch keinen Aufnahmeschein der Kasse hatte, wurde sie dort beschieden, mit dem Scheine am nächsten Tage zu kommen. Frau H. sandte jedoch am Abend desselben Tages ihre Fummelbartha, Frau Kappeler, nach unserem Krankenhaus und ließ nochmals um Aufnahme bitten, sei es auch in der zweiten Klasse. Frau Kappeler verfuhrte, Frau H. wolle die Kosten tragen und sei dazu auch im Stande. Für den Morgen des nächsten Tages bestellt, erschienen beide

Frauen früh 7½ Uhr. Der Frau H. wurde auf ihre Vorstellung, daß sie die volle Pension nicht zahlen könnte, ohne weiteres eine Entschädigung auf drei Mark gewährt, womit sie ganz einverstanden war. Nunmehr brachte sie ihren Mann und gab vor ihrem Weggehen seine Personalien an. Er jetzt stellte es sich heraus, daß er einer Krankenklasse angehört, und er jetzt wurde der Frau bedeutet, daß die von der Krankenklasse zu zahlende eine Mark in Abrechnung komme, so daß sie ihrerseits nur zwei Mark für den Tag zu zahlen hätte, was sie bereitwillig für eine Woche im Voraus thut. Den Aufnahmeschein der Krankenklasse brachte Frau H. erst am Nachmittage des 7. d. M. bei. Wie sie angab, war sie vorher nur von der Frau des Kassenrentanten mündlich nach unserem Krankenhaus gewiesen worden. Eine ruhige und sachliche Erörterung über diesen Vorgang hätte dem Kassenrentanten volle Aufklärung gebracht. Daß dies nicht geschehen ist, daran trägt unsere Unfahrt keine Schuld.

Die Verwaltung des St. Josephskrankenhauses.

C. Augustin, Kurator.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** Donnerstag, den 30. d. M., findet keine Sitzung statt.

* **Die städtische Leihalle** wurde am 22. Februar eröffnet. In der Zeit vom 22. bis 28. Februar betrug die Zahl der Besucher 739, und zwar 265 in den Mittags-, 474 in den Abendstunden; der stärkste Besuch war Sonntag, den 26. Februar, mit 140 Personen. Die Zahl der eingeschriebenen Leser belief sich auf 492, und zwar schrieben sich in den Mittagsstunden 162, in den Abendstunden 330 Besucher in das ausliegende Leser-Bereichsblatt ein. Diese Zahlen beweisen, daß die Leihalle sich bereits eines guten Besuchs erfreut. Es wäre zu wünschen, daß gerade die Arbeiter noch mehr das nützliche Institut in Anspruch nehmen, da für jede Geschmackrichtung, Unterhaltung und Belehrung gesorgt ist.

* **Unfallfälle.** Ein Maschinenarbeiter geriet mit der linken Hand an die Messer der Abrichtmaschine, wobei er schwere Schnittwunden erlitt. — Einem Tischlergesellen wurde die linke Hand durch eine Kreissäge schwer verletzt. — Ein Dienstmädchen aus Osna erlitt durch eine Maschine einen Armbruch. Diese Verunglückten standen im Krankeninstitut der Bartherzigen Brüder Aufnahme.

* **Neuer.** Sonnabend Nachmittag brannten im 1. Stock des Hauses kleine Scheinigerstraße 39 in einem Kabinett Papier und Kunst. Das Feuer, welches durch Kinder beim Spielen mit Streichhölzern angezündet worden war, wurde durch die Bewohner des Hauses noch vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht.

* **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängnis wurden am 24. d. M. 36 Personen eingeliefert. Gefunden wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Vincent, eine Hängeuhrlatte, fünf Schirme, fünf Handtücher, ein Hundekalbsband und eine weiße Schürze. Verloren wurden: ein Zwanzigmarkstück und ein Zehnmarkstück, ein Thaler, eine kleine goldene Brosche mit einem weißen Stein, ein Brillenkasten, eine Fahrradluftpumpe und ein Bündel Schlüssel.

Gewerbegericht. Sitzung vom 23. März. Vorsitzender Stadtphys. Peterken.

Verlassen der Arbeit wegen Beleidigung. Der Küchenchef Drechsler klägt gegen den Restaurateur Kärgen (Neue Börse) auf Entfernung von reizenden Kindern im Betrage von 22 Mk. Der Verklage wendet ein, daß der Kärgen die Stellung bei ihm ohne Grund plötzlich aufgegeben habe. Den Schaden der ihm, dem Beschlagten, dadurch entstanden sei, berechne er in der Höhe des eingeklagten Betrages. Der Kärgen behauptet hiergegen, daß er von der Ehefrau des Beschlagten schwer beleidigt worden sei. Dieselbe habe ihn eines Abends nach einem Quantum Fleisch gefragt, welches aber geschäftlich verbraucht gewesen sei. Er habe ihr dies gesagt, worauf es, da Frau K. darüber Zweifel ausbrach, bereitwillig erwiderte: „Ich geh Sie weg, Sie sind ein gemeiner Kerl!“ Er habe sich deshalb nach § 124 der Gewerbeordnung für berechtigt gehalten, die Stellung sofort aufzugeben. In der Sache fanden drei Verhandlungstermine statt, in welchen zwei Zeugen befundenen, nichts von einer Beleidigung gehört zu haben, während eine weitere Zeugin die Angaben des Kärgers vollständig bestätigte. Das Gewerbegericht nahm an, daß, wenn Frau K. auch wirklich die Beleidigung ausgetragen hätte, sie vorher durch das erregte Auftreten des Kärgers ebenso beleidigt worden sei. Die Beleidigungen kompensieren sich demnach. Den Gegenanspruch des Beschlagten auf Schadenerstattung in der Höhe des eingeklagten Betrages erachtete das Gewerbegericht als zu hoch, bemäß den Kärgen vielmehr auf 19,50 Mk. und verurteilte im Übrigen den Beschlagten zur Zahlung von 12,50 Mk. an den Kärgen. Von den Kosten des Verfahrens hat der Beschlagte 1/3, der Kärgen 2/3 zu tragen.

Herausgabe der Arbeitspapiere. Der Schlosser Hinz klägt gegen die Firma Schnege u. So. (Kleinbahn Breslau-Trebnitz-Prausnitz) auf Herausgabe von Arbeitspapieren. Vor Eintritt in die Verhandlung bezweigte der Vertreter der Beschlagten, Verlehrerinspektor Dittrich, die Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Nach langerer Beratung erklärte sich jedoch dasselbe für zuständig. Nach Eintritt in die Verhandlung stellte es sich heraus, daß es sich nur um die Herausgabe der Invaliditäts- und Altersversicherungskarte bzw. der Krankenfestschrift handelt. Nach weiterer Beratung erklärte sich das Gewerbegericht doch für unzuständig, aber nicht deswegen, weil es sich hier um die Kleinbahn handelt, sondern um die Herausgabe der Invaliditätsversicherungskarte; das Krankenfestschrift soll schon im Beisein des Kärgers sein. Die erste Frage der Zuständigkeit beendend, bemerkte der Vorsitzende, daß der Kärgen nicht im äußeren Dienst (F. "at") beschäftigt sei, für welchen Teil des Betriebes o. Gewerbes er wohl zuständig sei.

Deutsche Versammlung der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter. Sa. der am 26. d. M. im „Volksgarten“ abgehaltene Versammlung, der Arbeiter dieses Berufs reichten Genosse Werner aus Berlin über den Acht-Uhr-Abendfluss und dessen gesetzliche Einführung. Seit dem Jahre 1890, so führt der Referent aus, laboriert man an mannigfachen Schutzgesetzen für den Arbeiter; bis jetzt sei aber meder für die eine noch die andere Branche etwas Einsprüchliches herausgeflossen. Eine der dingendsten Forderungen der Arbeiter ist der verkürzte Arbeitstag. Spricht die Arbeiter des Handelsgewerbes können sich nicht über eine zu lange Arbeitzeit beklagen. Die jetzt angekündigten Änderungen der Gewerbe-Ordnung, welche sich hauptsächlich auf das Handelsgewerbe beziehen, sind noch lange nicht ausreichend und wer weiß, ob sie überhaupt noch angenommen werden. Redner empfiehlt den Anschluß an die Organisation, denn nur dadurch sei es möglich, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Den einstündigen sehr teils aufgenommenen Vortrage folgte die Diskussion, an welcher sich die Kollegen Kruscher, Riedel, Brüggemann und Zimmer im Sinne des Referenten beteiligten. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute im „Volksgarten“ tagende öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsbetriebe erachtet den gesetzlichen Acht-Uhr-Endfluss für alle Betriebsangehörige in Maß betracht der sehr langen, aufregenden und ermüdenden Beschäftigung der Handelsangestellten, sowie der Hilfsarbeiter für dringend geboten und erwartet von dem sozialen Reichstage, daß bei der gesetzlichen Regelung des Arbeitstages auch die Wünsche der Angestellten bedacht und berücksichtigt werden; die Versammlung hält den Acht-Uhr-Endfluss auch für das mindeste, was geschaffen werden müsse.

Ebenfalls einstimmig wurde noch eine Resolution angenommen,

welche die Handelsklasse arbeitet, er energisch auffordert, der Organisation aufzutreten. Kollege Zimmer rezipierte darauf über die §§ 315 und 316 des Strafgesetzbuches und die Anwendung derselben auf den Betrieb der elektrischen Straßenbahnen. Redner schildert die unhaltbaren Zustände, welche sich speziell in Breslau im Straßenverkehr gezeigt haben. Ratschläge, welche das Unglück hätten mit einem Wagen der elektrischen Bahn zu tödlichen werden nach den angeführten Paragraphen wegen Gefährdung eines Eisenbahnarbeitsworts mit Gefängnis bestraft. Obendrein gehen die befürchtenden meistens auch noch ihrer Stellung verlustig. Derartige Gefahrenbestimmungen sind im Hinblick auf den modernen Betrieb veraltet und ist es äußerst ratsam, daß hier baldmöglichst Abhilfe geschaffen wird. Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß an Ostern d. J. in Leipzig ein Berufskongress stattfindet, welcher sich mit allen den Berufen interessierenden Fragen beschäftigen wird. Der selbe soll auch bezüglich einer Einigung der zentralen und lokalen Organisationen beredtsäßen. Die Versammlung beschloß, zu diesem Kongress einer Delegation zu entsenden und wurde Kollege Zimmer als solcher. Kollege Hoffmann als dessen Stellvertreter gewählt. Hierauf schloß Kollege Zimmer die von über 300 Personen besuchte Versammlung.

Leipzig, 26. März. Aus Karlsruhes Reich. Eine zahlreich besuchte Versammlung tagte heute im Reiche des Edlen von Kardorff, um dem längendes Vortrag unseres ergrauten Vorämpfers Dr. Nagler aus Berlin zu lauschen. Redner geht zur Vergegenwärtigung der politischen Lage auf die Seiten des Absolutismus zurück. Friedrich Wilhelm III. verprägte den Bürgertum und Freien, die das neuergerettete preußische Königthum gegen Napoleon wiederherstellten, eine Verfassung. Erst wurde das Versprechen nicht, Leute, die an das Versprechen erinnerten, wendeten in das Gefängnis. Erst 1848 regte sich das Bürgerthum wieder, nachdem auch Friedrich Wilhelm III. sein Blatt Papier zwischen sich und sein Volk haben wollte. Am 18. März entschied sich diese Frage. Am 19. März batte das Bürgerthum nur Blut seine Rührung erlitten. Auch die damals noch Bildung und Freiheit lebende Arbeiterschaft hat seinen Anteil am unerträglichen Zustand gehabt. Die damals ausblühlich im Handwerk beschäftigte Arbeiterschaft trat zurück hinter der feigen Bourgeoisie, die die ersten Freiheiten fanden ließ. Das unter der Reaktion niedergehaltene Bürgerthum warf sich auf die ökonomische Seite. Die großartige Entwicklung der Fabrikation kostet lediglich den Arbeiter des Kapitals zu gute. Die Arbeitnehmer auch heute noch zum großen Theile wie damals. Auch heute müssen Frauen und Kinder ihnen zur Ernährung der Familie dienen. Aber nicht nur Werthe für Profit und Dividende werden aus den Arbeitern gebohlt; auch der Staat will keine Steuern. Redner schildert die Folgen dieser beiden Seiten des Kapitalismus an Italien. Ideale Männer im Zukthaus: Siedlungsfreiheit auf dem Minenfeld. Redner schildert dann die Freiheit des deutschen Volkes: Das Berufsmöglichkeitsrecht und seine Einschränkung durch die Polizei. Das Wahlrecht mit seinem Terrorismus der bürgerlichen Parteien, neuerdings die offene Gegenpartei gegen das geheime Wahlrecht und gegen das Koalitionsrecht. Redner schildert die Wirkung der industriellen Siedlungen, den Materialismus, die Rüttungen gegen den westlichen „Schleier“ und den südlichen „Schleim“. Gegen diese Zustände in ihrer Gesamtheit kämpft allein unausgelesene Sozialdemokratie, die führt den um die Befreiung ringenden Krieg. Auf die bürgerlichen Parteien ist kein Verlaß. Unter dem Zuchtaufmarsch haben bürgerliche Geschworene das Schlämmer Urteil gefällt. Der Hörerungen zum Schluß der Freiheit steht jedoch zum inneren Feind. Redner hofft nur einen außerordentlichen Appell zum Gebrauch der neuen Rechte, die wir haben, vor allem aber des Reaktionstrechts und des Wahlrechts. Dann werden auch die sozialdemokratischen Prinzipien beginnen. An der Diskussion beteiligt sich Genovez Sobek, der die Wahlrechten willten, Genovez Mohr und der Paniktor Genovez Germann der zur Organisations- und zum Abonnement auf die „Volksstimme“ auffordert, und betont erneut, daß der Herr Kardorff weiterhin nach sich zur Wiederwahl stellen möge.

Leipzig, 26. März. Tod im brennenden Büro. Ein unbekannter Mörder verbrennte sich heute Nacht zwischen 2 und 3 Uhr über die ganze Stadt, welche von dem Funke anderer polizeilicher Ziegeln und Fassendorf betriebenen Strichbohren des Rittergutsbesitzers Zahn in Fassendorf herföhren. Bei der Aufsuchung der Feuerküche wurde die Seite eines Fensters, bis zur Unkenntlichkeit entzündet, in einem der Schieber vorgefunden. Es wird

Stadt-Theater. Deutsches Theater.

Mittwoch: **Gespielt Adele Sandrock.**

„Maria Stuart“.

Dienstag:

„Margaretha“.

Lobe-Theater.

Mittwoch:

„Großhadster“.

Dienstag:

Gespielt Adele Sandrock.

„Frau Eva“.

Volks-Beschreibungen

im Thalia-Theater.

Dienstag:

Gruppe N. 4. Beteiligung:

Wittstock:

Gruppe O. 4. Beteiligung:

Dommerich:

Gruppe P. 4. Beteiligung:

„Galatea“.

Volkstheater

Freitags-Vorlesung:

Heute Montag:

Zum letzten Male:

Auf Beifangen wiederholte:

„Marie“.

Die Tochter des Regiments“.

Körper Dienstag:

Zum 1. Male:

Die wilde Faule“.

Möbel,

Spiral und Polstermöbel

zu jeder Zeit vom besten

Handwerk hergestellt.

Der Kaffeehaus- und

Salonmöbel sind

ausserordentlich billig.

Der Bettgerman ist

90 Pf.

Salonmöbel

18 -

Frühstück

60 -

Spiegel

100 -

Zeitung

33 -

Die in ganz Europa

25 -

Bettdecke mit Kissen

30 -

Polstermöbel mit hoher Lehne

3 -

die schönsten und teuersten

und leichtesten Möbel.

Die Betten sind sehr

billig.

Die Betten sind sehr

</div